



WID - Kompakt Nr. 17/43

1. Verbleib von Asylbewerbern in den Kommunen
2. Internationale Kontakte der Landesregierung in den Jahren 2015 und 2016
3. Forschungsförderung im Jahr 2016
4. Ausbau der Transparenz-Plattform im Jahr 2016
5. Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen
6. Berichtsanhänge für die Landtagsausschüsse

1. Verbleib von Asylbewerbern in den Kommunen

Die regionalen Wanderungsbewegungen von Asylbewerbern in Rheinland-Pfalz sind Gegenstand einer Großen Anfrage, die die Fraktion der CDU vor dem Hintergrund von Diskussionen um eine Wohnsitzauflage an die Landesregierung gestellt hat. Daneben begehrt sie Auskunft zur Verteilung von Asylbewerbern im Land und dazu, wie viele Asylbewerber Sozialleistungen beziehen oder erwerbstätig sind und wie viele Asylbewerber freiwillig ausgewandert sind oder abgeschoben wurden (Drs. 17/5057).

2. Internationale Kontakte der Landesregierung in den Jahren 2015 und 2016

Rheinland-Pfalz pflegt traditionell eine Vielzahl von Kooperationen über Grenzen hinweg in Bildung, Kultur und Wissenschaft, in Umweltfragen, Justiz und Polizei oder mittels seiner exportorientierten Wirtschaft. Die Landesregierung führt in ihrem Bericht (Drs. 17/4913) ihre Aktivitäten zur Unterstützung und Pflege dieses Austausches in den letzten zwei Jahren auf. Schüleraustausch und Hochschulkooperation fallen genauso darunter, wie Außenwirtschaftsfördermaßnahmen. Neben Partnerschaften, unter anderem mit den Regionen Burgund/Franche-Comté (Frankreich), der Woiwodschaft Oppeln (Polen) oder der Provinz Fujian (China), sowie im Rahmen des „4er-Netzwerks“ der Regionen Burgund, Mittelböhmen, Oppeln und Rheinland-Pfalz pflegt die Landesregierung eine Vielzahl bilateraler Kontakte. Wesentlich ist die Zusammenarbeit in Europa, die in einem eigenen Kapitel vorgestellt wird.

3. Forschungsförderung im Jahr 2016

Rund 30 Millionen Euro gab die Landesregierung im Jahr 2016 für Forschungsprojekte aus. Dies geht aus ihrem Bericht zur Forschungsförderung 2016 hervor (Drs. 17/4912). So unterstützte das Ministerium der Finanzen mit rund 370.000 EUR ein Programm zur Förderung des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus.

Das Innenministerium förderte mit rund 550.000 Euro Projekte zur Digitalisierung des ländlichen Raums und ein begleitendes Forschungsprojekt.

Konzepte zur effektiven Regulierung der Kirschessigfliege im Weinbau waren Gegenstand eines vom Wirtschaftsministerium mit rund 88.000 Euro geförderten Forschungsprojekts.

Mit intelligenten Stromnetzen in Rheinland-Pfalz befasst sich die Zukunftsinitiative Smart Grids Rheinland-Pfalz. Ihre Arbeit wurde mit Unterstützung des Umweltministeriums in Höhe von rund 85.000 Euro wissenschaftlich geleitet und begleitet.

Im Gespräch zwischen Erzieherin oder Erzieher und Kind in der Kindertagesstätte kann Sprachkompetenz gefördert werden. Das Bildungsministerium förderte das Projekt zur Sprachbildung in der Kita

„BISS“ mit rund 55.500 Euro. Für die Evaluation der Lehrkräfteausbildung gab das Bildungsministerium rund 275.000 Euro aus.

Der größte Anteil an der Gesamtsumme der Fördergelder entfiel mit rund 24.200.000 Euro auf das Wissenschaftsministerium für Forschungsprojekte in den verschiedensten wissenschaftlichen Bereichen.

4. Ausbau der Transparenz-Plattform im Jahr 2016

Transparenz und Offenheit der Verwaltung vergrößern soll das Landestransparenzgesetz, das am 1. Januar 2016 in Kraft getreten ist. Den Bürgerinnen und Bürgern soll Zugang zu amtlichen Informationen über eine elektronische Plattform gewährt werden, auf der die Verwaltung Informationen von Amts wegen bereitstellt.

Diese „Transparenz-Plattform“ wurde zeitgleich mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 2016 in einer technischen Interimslösung in Betrieb genommen. Seither werden dort Auskünfte über Ministerratsbeschlüsse, Berichte und Mitteilungen an den Landtag, in öffentlicher Sitzung gefasste Beschlüsse und Geodaten durch die obersten Landesbehörden eingestellt. Die Plattform soll stufenweise ausgebaut und mit weiteren Informationen befüllt werden.

Über den Stand der Arbeiten am Ende des Jahres 2016 gibt die Landesregierung in ihrem Bericht an den Landtag (Drs. 17/4911) Auskunft. Danach wurden im ersten Jahr nach Inkrafttreten schwerpunktmäßig rechtliche Ausgangsfragen für die weitere Ausgestaltung der Transparenz-Plattform geklärt, sowie die zentralen organisatorischen und technischen Grundlagen für den dauerhaften Aufbau und Betrieb der Transparenz-Plattform geschaffen. Durch Informationsmaterial und Schulungen wurden die Ressorts auf die anstehenden Aufgaben vorbereitet.

Ab dem 1. Januar 2018 haben die obersten Landesbehörden weitere Informationen zu veröffentlichen, darunter Haushalts-, Stellen-, Organisations-, Geschäftsverteilungs- und Aktenpläne, amtliche Statistiken und Tätigkeitsberichte.

5. Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen

Die Lage von Menschen mit Behinderungen in Rheinland-Pfalz und die Fortschritte bei der Umsetzung des Landesgesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen in den Jahren 2016 und 2017 sind Gegenstand eines Berichts der Landesregierung an den Landtag (Drs. 17/4910).

Dem Bericht zufolge schreitet die Inklusion in Kindertagesstätten und Schulen voran. Mit Stand März 2017 wurden über 1.230 Kinder im Rahmen der Einzelintegration in Regelkindertagesstätten betreut. Die Umwandlung von Förderkindertagesstätten in integrative Angebote schreitet fort. Gab es vor zehn Jahren noch 27 Förderkindergärten, sind es aktuell nur noch zehn. Die Tendenz ist weiter sinkend.

Die Schulgesetznovelle aus dem Jahr 2014 gibt Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ein vorbehaltloses Wahlrecht zwischen inklusivem Unterricht in einer Schwerpunktschule und dem Angebot einer Förderschule.

Beim Übergang von der Schule in den Beruf wird auf eine individuelle Berufswegeplanung für die Schülerinnen und Schüler gesetzt. Auf Grundlage der Experimentierklausel in § 109 a des Schulgesetzes wird inklusiver Unterricht im berufsbildenden Bereich seit dem Schuljahr 2015/2016 ausgebaut. Mittlerweile gibt es dreizehn berufsbildende Schulen mit inklusivem Unterricht im Berufsvorbereitungsjahr.

Weiteres Augenmerk gilt neben vielen anderen Lebensbereichen dem barrierefreien Wohnen und der barrierefreien Verwaltung. Um barrierefreien Zugang zu Informationen im Rahmen des Landestransparenzgesetzes zu gewährleisten, hat das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie ein barrierefreies Bürgerterminal im Foyer aufgestellt, an dem sich jeder zu den üblichen Öffnungszeiten über die Arbeit der Landesregierung informieren kann.

6. Berichtsanhträge für die Landtagsausschüsse

Unter anderem stehen die nachfolgenden Anträge zur Behandlung in den nächsten Sitzungen der Ausschüsse an:

- Die **JIM-Studie 2017 (Jugend, Information, [Multi-] Media)** ist Gegenstand eines Berichts-antrags der Fraktion der SPD für den Ausschuss für Medien, Digitale Infrastruktur und Netz-politik (Vorlage 17/2481). In der seit 1998 jährlich durchgeführten Basisuntersuchung werden Jugendliche im Alter von zwölf bis neunzehn Jahren in Bezug auf ihre generelle Mediennut-zung sowie ihren Umgang mit Medien im schulischen Kontext befragt. Die Fraktion bittet die Landesregierung um Berichterstattung zu den Ergebnissen der Untersuchung und ihrer Be-wertung durch die Landesregierung.
- Die Fraktion der CDU beantragt im Ausschuss für Medien, Digitale Infrastruktur und Netzpo-litik einen Bericht der Landesregierung zum **Netzwerkdurchsetzungsgesetz** (Vorlage 17/2505). Hasserfüllte Kommentare, Hetz- und Falschnachrichten in sozialen Netzwerken, die Strafnormen verletzen, dürften nicht hingenommen werden, so die Fraktion. Dies solle das Netzwerkdurchsetzungsgesetz sicherstellen. Seit Inkrafttreten des Gesetzes gebe es in-tensive, öffentliche Diskussionen. Kritiker befürchteten u.a., dass nunmehr Konzerne in brei-tem Umfang über mögliche Rechtsverstöße urteilen.
- Der **European Data News Hub** (EDNH) ist Gegenstand eines Berichtsanhtrags der Fraktion der AfD für den Ausschuss für Medien, Digitale Infrastruktur und Netzpolitik (Vorlage 17/2367). Es handelt sich um eine Plattform zu EU-Themen, an der mehrere Agenturen – AFP, ANSA und dpa – gemeinsam arbeiten. Das Projekt, so die Fraktion, erhalte nach eigen-ten Auskünften Fördermittel von der Europäischen Kommission. Auf der Internetseite des EDNH sei zu lesen, dass man trotz der finanziellen Unterstützung „redaktionell unabhängig“ bleibe. Die Fraktion möchte von der Landesregierung wissen, über welchen Etat der EDNH verfügt, welche Fördermittel er von der Europäischen Kommission bekommt, insgesamt und nach Jahren aufgeschlüsselt, und welche Bedingungen erfüllt werden müssen bzw. mussten, damit Fördermittel von der Europäischen Kommission ausgezahlt wurden.
- Mit einem Berichtsanhtrag im Ausschuss für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten möchte die Fraktion der FDP in Erfahrung bringen, welche vorbereitenden Maßnahmen die Landes-regierung zur **Abwehr der Afrikanischen Schweinepest** getroffen hat (Vorlage 17/2504). Die Afrikanische Schweinepest breite sich nach ersten Infektionsfällen im Juni über Tsche-chien nach Deutschland aus. Mit der zunehmenden Infektionsgefahr der Wildschweinpopula-tion gehe eine erhebliche Bedrohung der heimischen Hausschweinbestände einher. Unab-hängig von der aktuellen Seuchenproblematik sei mit den beteiligten Akteuren in Rheinland-Pfalz aufgrund des stark gestiegenen Wildschweinbestands ein 16-Punkte-Handlungspro-gramm erstellt worden, das vorsehe, „Runde Tische Schwarzwild“ auf Kreisebene zu etablie-ren, die sich der Problematik vor Ort annehmen und Lösungen erarbeiten sollten. Die Fraktion der FDP fragt die Landesregierung vor diesem Hintergrund, inwieweit sich dieses Format mittlerweile etabliert hat und ob darüber hinaus weiterführende Maßnahmen zur Vorbereitung der Abwehr der Afrikanischen Schweinepest vorgesehen sind.
- Vor dem Hintergrund der **Hochwassersituation Anfang Januar** bittet die Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN die Landesregierung um Bericht im Ausschuss für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten (Vorlage 17/2477), wie viele Schadensobjekte gemeldet worden sind, welche Maßnahmen die Landesregierung bislang zum Schutz vor Hochwassergefahren ge-troffen hat, an welchen Stellen in Rheinland-Pfalz die Vorsorge am deutlichsten gegriffen hat und wie viele Kommunen derzeit über örtliche Hochwasserschutzkonzepte verfügen. Darüber hinaus bittet sie um Bericht über die Erfahrungen mit dem Hochwassermeldedienst und des-sen Weiterentwicklung sowie über weitere geplante technische Maßnahmen am Rhein.